

Stand: 27.06.2026 20:07:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/21542

"Optimale Sicherheit für Bayerns Bürgerinnen und Bürger!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/21542 vom 09.04.2018
2. Beschluss des Plenums 17/21629 vom 10.04.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 10.04.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Karl Straub, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und Fraktion (CSU)

Optimale Sicherheit für Bayerns Bürgerinnen und Bürger!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Pläne der Staatsregierung vom 23.03.2018 zur weiteren Stärkung der Bayerischen Polizei, zum Aufbau einer Bayerischen Grenzpolizei sowie zur Errichtung eines Landesamts für Asyl.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- zeitnah die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zur Umsetzung der o. g. beschlossenen Maßnahmen zu schaffen, um geltendes Recht konsequent durchzusetzen und einen starken Rechtsstaat zu garantieren,
- auch Strafjustiz und Justizvollzug, bei denen durch vorgenannte Maßnahmen mehr Arbeit anfallen wird, entsprechend zu stärken,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass deutschlandweit zügig Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (sog. ANKER-Zentren) aufgebaut werden und die Liste der sicheren Herkunftsstaaten schnellstmöglich erweitert wird, um Asylverfahren weiter zu beschleunigen, um Missbrauch zu bekämpfen und dem bestehenden Ausländerrecht uneingeschränkt Geltung zu verschaffen sowie dem Landtag hierüber schriftlich zu berichten.

Begründung:

Die Durchsetzung des geltenden Rechts, insbesondere auch des Ausländerrechts, muss uneingeschränkt sichergestellt sein. Das Bayerische Kabinett hat sich am 23.03.2018 mit wichtigen Fragen der Inneren Si-

cherheit und Zuwanderung befasst, die auch die Bevölkerung bewegen. Dabei wurden u.a. der Aufbau einer Bayerischen Grenzpolizei, die weitere Stärkung der Bayerischen Polizei sowie die Errichtung eines Landesamts für Asyl beschlossen.

Bayern ist das sicherste Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland und das soll auch künftig so bleiben. Es ist daher zu befürworten, dass eine Bayerische Grenzpolizei mit insgesamt 1.000 Stellen errichtet werden soll. Mit den neuen Grenzpolizeieinheiten sollen die illegale Migration, menschenverachtende Schleuserbanden und grenzüberschreitende Kriminelle noch besser und mit mehr Nachdruck bekämpft werden. Ferner geht es auch darum, die schon jetzt äußerst erfolgreichen Schleierfahndungsmaßnahmen und Schwerpunkteinsätze der Bayerischen Polizei noch weiter zu verstärken. Gleichzeitig soll die Polizeipräsenz vor Ort für mehr Sicherheit im Land ausgebaut werden. Dabei gilt es zudem zu beachten, dass in diesem Zuge und durch die massive Aufstockung der Bundespolizei gerade in den grenznahen Regionen auch die Bayerische Justiz sowie der Justizvollzug verstärkt werden müssen, um insgesamt weiterhin eine effektive Strafverfolgung und -vollstreckung in allen Bereichen gewährleisten zu können. Die Stärkung der Justiz muss mit der bei der Bundes- und Landespolizei mithalten können.

Bayern ist zweifellos ein weltoffenes Land, das seiner humanitären Verpflichtung gegenüber den Menschen, die auf ihrer Flucht vor politischer Verfolgung oder Bürgerkrieg bei uns Aufnahme gefunden haben, gerecht wird und das bereit ist, den Menschen zu helfen, die von Krieg und Gewalt bedroht sind. Trotzdem müssen Menschen, die kein Recht haben, hier zu bleiben, auch konsequent in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Nur so kann die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten bleiben. Die Zahl der Rückführungen ausreisepflichtiger Ausländer gilt es mithin zu steigern.

Um in diesem Bereich noch besser, schneller, konsequenter und effizienter zu werden, soll ein neues Landesamt für Asyl mit 1.000 Mitarbeitern errichtet werden, das u. a. zentral für ganz Bayern zu erledigende Vollzugsaufgaben, wie zum Beispiel die Ersatzpapierbeschaffung bei Botschaften und Konsulaten, wahrnehmen soll. Die neue Behörde soll ein zentraler und starker Partner für den Bund werden. Dadurch werden Kompetenzen und Zuständigkeiten in einer Hand gebündelt, was nicht zuletzt wertvolle Synergieeffekte erzielt, und so zur Durchsetzung der Ausreisepflicht die notwendigen Abschiebungen insbesondere rechts-

kräftig abgelehnter Asylbewerber beschleunigt. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, da dadurch schließlich die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz des Asylrechts insgesamt erhöht wird.

Zur notwendigen Beschleunigung der Asylverfahren wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes-

ebene weiterhin dafür einzusetzen, dass zügig deutschlandweit die sog. ANKER-Zentren (Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen) umgesetzt werden und die Liste der sicheren Herkunftsstaaten schnellstmöglich erweitert wird.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Karl Straub, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/21542

Optimale Sicherheit für Bayerns Bürgerinnen und Bürger!

Der Landtag begrüßt die Pläne der Staatsregierung vom 23.03.2018 zur weiteren Stärkung der Bayerischen Polizei, zum Aufbau einer Bayerischen Grenzpolizei sowie zur Errichtung eines Landesamts für Asyl.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- zeitnah die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zur Umsetzung der o. g. beschlossenen Maßnahmen zu schaffen, um geltendes Recht konsequent durchzusetzen und einen starken Rechtsstaat zu garantieren,
- auch Strafjustiz und Justizvollzug, bei denen durch vorgenannte Maßnahmen mehr Arbeit anfallen wird, entsprechend zu stärken,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass deutschlandweit zügig Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (sog. ANKER-Zentren) aufgebaut werden und die Liste der sicheren Herkunftsstaaten schnellstmöglich erweitert wird, um Asylverfahren weiter zu beschleunigen, um Missbrauch zu bekämpfen und dem bestehenden Ausländerrecht uneingeschränkt Geltung zu verschaffen sowie dem Landtag hierüber schriftlich zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Karl Straub

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Christine Kamm

Abg. Eva Gottstein

Abg. Horst Arnold

Abg. Katharina Schulze

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Harald Güller

Abg. Hubert Aiwanger

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger, Manfred Ländner u. a. und Fraktion (CSU)

Optimale Sicherheit für Bayerns Bürgerinnen und Bürger! (Drs. 17/21542)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Innere Sicherheit: Bewährte Strukturen stärken, keine fragwürdigen

Experimente! (Drs. 17/21559)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als Erstem für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Straub das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Das Bessere ist der Feind des Guten", so lautet ein altes Sprichwort. Übertragen auf den Freistaat Bayern könnte man sagen, dass vieles ganz ausgezeichnet ist,

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

aber man sich dennoch nicht auf Erfolgen ausruhen darf. Warum beginne ich damit? – Unser Innenminister Joachim Herrmann hat am 28. März dieses Jahres die bayerische Kriminalstatistik 2017 vorgestellt. Die Sicherheitslage in Bayern hat sich erneut deutlich verbessert und ist insgesamt ausgezeichnet. Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit 30 Jahren. Im bundesweiten Vergleich haben wir hervorragende Aufklärungsquoten und haben diese weiter gesteigert. Wir haben einen Rückgang bei der Zahl der Straftaten, wenn man die ausländerrechtlichen Delikte ausnimmt, um 4,6 %. Das ist der niedrigste Wert seit 1991. Wir haben einen steigenden Anteil an tatverdächtigen Zuwanderern – das spielt eben eine wichtige Rolle – und einen Rückgang bei der Zahl der Wohnungseinbrüche um 19,1 %. Das ist der niedrigste Wert seit fünf Jahren, wobei 51,7 % der festgestellten Wohnungseinbrecher nichtdeutsche Tat-

verdächtige, vorwiegend aus Mittel- und Osteuropa, waren. Damit haben wir unseren Spitzenplatz bei der inneren Sicherheit weiter gefestigt. In Bayern zu leben heißt, sicherer zu leben als in allen anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Super!)

An dieser Stelle möchte ich einen großen Dank an unseren Staatsminister Joachim Herrmann sagen, an das Innenministerium und vor allem auch an die Polizistinnen und Polizisten in diesem Land, die Großartiges geleistet haben. Ich glaube, das muss man hier an dieser Stelle betonen.

(Beifall bei der CSU)

Die wichtigen Fragen der inneren Sicherheit und der Zuwanderung beschäftigen unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger weiter sehr, die sich auch sorgen. Bayern ist das sicherste Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, und das soll auch künftig so bleiben. Genau deshalb dürfen wir nicht nachlassen und uns auf dem Erreichten ausruhen; denn es geht um sehr viel mehr. Es geht auch darum, dass die Durchsetzung des geltenden Rechts, insbesondere auch des Ausländerrechts, uneingeschränkt sichergestellt sein muss.

Es geht auch – das ist mir an dieser Stelle sehr wichtig – um die Rechte der Flüchtlinge; denn sie haben ein Anrecht auf ein schnelles und faires Asylverfahren. Es darf nicht mehr passieren, dass es jahrelang dauert, bis Asylverfahren abgeschlossen sind, und dass die Asylbewerber in unsicheren Zuständen leben.

Deshalb bin ich unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder sehr dankbar für diesen Antrag, der bereits in der ersten Kabinettsitzung abgesteckt wurde. Wohin wollen wir mit diesem Antrag? Was wollen wir damit? – Die Staatsregierung möchte eine weitere Stärkung der bayerischen Polizei durch Aufbau einer bayerischen Grenzpolizei sowie die Errichtung eines Bayerischen Landesamts für Asyl. Daher müssen wir zeitnah die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zur Umsetzung der ge-

nannten beschlossenen Maßnahmen schaffen, um geltendes Recht konsequent durchzusetzen und einen starken Rechtsstaat zu garantieren. Auch Strafjustiz und Justizvollzug, bei denen durch vorgenannte Maßnahmen Mehrarbeit anfallen wird, müssen wir entsprechend stärken und uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass deutschlandweit zügig Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen aufgebaut werden und die Liste der sicheren Herkunftsstaaten möglichst schnell erweitert wird, um Asylverfahren weiter zu beschleunigen, um Missbrauch zu bekämpfen und dem bestehenden Ausländerrecht uneingeschränkt Geltung zu verschaffen.

Ich möchte das gern begründen. Zum Aufbau der bayerischen Grenzpolizei: Es soll eine bayerische Grenzpolizei mit insgesamt 1.000 Stellen errichtet werden. Mit den neuen Grenzpolizeieinheiten sollen die illegale Migration, menschenverachtende Schleuserbanden und grenzüberschreitende Kriminalität noch besser und mit mehr Nachdruck bekämpft werden.

Ferner geht es darum, die schon jetzt äußerst erfolgreiche Schleierfahndung und die Schwerpunkteinsätze der bayerischen Polizei noch weiter zu verstärken. Gleichzeitig soll die Polizeipräsenz vor Ort für mehr Sicherheit im Land ausgebaut werden. Weiterhin soll die neue bayerische Grenzpolizei direkt an der Grenze grenzpolizeiliche Aufgaben wahrnehmen, zum Beispiel Passkontrollen durchführen. Das Verwaltungsabkommen mit der Bundespolizei soll entsprechend angepasst werden.

Auch die Ausrüstung der neuen bayerischen Grenzpolizei soll deutlich verbessert werden, unter anderem mit mehr als 150 neuen Dienstfahrzeugen, Smartphones mit Messenger-Diensten, mobilen Dokumentenprüfgeräten und Fingerabdruck-Scannern sowie mit tragbarer Nachtsicht- und Wärmebildtechnik und Drohnen für den gezielten Einsatz. Mit aktuell mehr als 42.000 Stellen hat die bayerische Polizei den bislang höchsten Stellenbestand erreicht. Die bayerische Polizei ist und bleibt gut aufgestellt und wird in den nächsten Jahren noch weiter verstärkt. Bis zum Jahr 2023 werden es insgesamt 3.500 zusätzliche Stellen sein. Davon können andere Bundesländer nur

träumen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in Bayern sicherer leben können als anderswo.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Dabei gilt es außerdem zu beachten, dass im Zuge dieser Maßnahmen und durch die massive Aufstockung der Bundespolizei, besonders in den grenznahen Regionen, auch die bayerische Justiz sowie der Justizvollzug gestärkt werden müssen, um weiterhin eine effektive Strafverfolgung und Vollstreckung in allen Bereichen gewährleisten zu können.

Zum neuen Landesamt für Asyl: Bayern ist ein weltoffenes Land, das seiner humanitären Verpflichtung gegenüber den Menschen, die auf ihrer Flucht vor politischer Verfolgung oder Bürgerkrieg bei uns Aufnahme gefunden haben, gerecht wird und auch bereit ist, den Menschen zu helfen, die von Krieg und Gewalt bedroht sind. Trotzdem müssen Menschen, die kein Recht haben, hier zu bleiben, konsequent in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Nur so kann die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten bleiben.

Klares Ziel ist es, die Zahl der Rückführungen ausreisepflichtiger Ausländer weiter zu erhöhen. Um in diesem Bereich noch besser, schneller, konsequenter und effizienter zu werden, soll ein neues Landesamt für Asyl mit 1.000 Mitarbeitern errichtet werden, das zentral für ganz Bayern unter anderem die zu erledigenden Vollzugsaufgaben, zum Beispiel die Ersatzpapierbeschaffung bei Botschaften und Konsulaten, wahrnehmen soll.

Die neue Behörde soll ein zentraler und starker Partner für den Bund werden. Kompetenzen und Zuständigkeiten werden in einer Hand gebündelt, was nicht zuletzt wertvolle Synergieeffekte erzeugt und so zur Durchsetzung der Ausreisepflicht die notwendigen Abschiebungen, insbesondere rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber, beschleunigt.

Auch Aufgaben der Polizeiinspektion Schubwesen gehen auf das Landesamt über. Die Polizeiinspektion war bislang für die Schubaufträge und die Buchung von Abschiebeflügen zuständig. Das Landesamt soll darüber hinaus Sammelabschiebungen koordinieren und die operative Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Gemeinsamen Zentrum zur Unterstützung der Rückkehr und weiteren länderübergreifenden Gremien übernehmen.

Außerdem hat das Landesamt die Aufgabe, die Rückkehrprogramme zu koordinieren und zu verstärken. Dadurch werden die Funktionsfähigkeit und die Akzeptanz des Asylrechts insgesamt erhöht.

Weiter soll sich unsere Staatsregierung dafür einsetzen, dass die Anker-Zentren möglichst schnell eingerichtet werden. Hierfür geht ein besonderer Dank an unseren neuen Innenminister Seehofer, der angekündigt hat, das Ganze so schnell wie möglich umzusetzen, und schon im Herbst damit starten will.

Zur notwendigen Beschleunigung der Asylverfahren wird die Staatsregierung aufgefordert, sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Anker-Zentren eingerichtet werden und die Liste sicherer Herkunftsländer erweitert wird.

Fazit: Wir packen an. Unsere Bürgerinnen und Bürger wünschen sich klare Lösungen und Sicherheit. Wir als Mehrheitsfraktion übernehmen die Verantwortung für den Freistaat und nehmen Verbesserungen gezielt in den Bereichen vor, in denen es noch nicht reibungslos läuft.

Im Übrigen – ich habe es in der Rede schon erwähnt – finde ich es den Asylbewerbern gegenüber fair, wenn sie schnell Klarheit bekommen.

Zum Antrag der FREIEN WÄHLER: Da Sie genau das Gegenteil von dem beantragen, was wir beantragen, werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Ich würde Ihnen empfehlen, dass Sie sich in Ihrer Asylpolitik einmal einig werden. Ich verfolge das seit Langem; einmal spielen Sie die Harten, dann spielen Sie wieder die Weichen, Hauptsache, es ist gegen die CSU.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ein Konzept kann man bei Ihnen schon lange nicht mehr erkennen. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr lasst die Leute erst rein, und dann wollt ihr sie rausschmeißen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Lieber Herr Kollege, angesichts Ihrer Ausführungen muss ich mich schon fragen, wie Sie diese Verfahren vernünftig strukturieren wollen. Wir haben seit Jahren das Problem, dass unsere Zentralen Ausländerbehörden nicht sachgerecht arbeiten können. Sie werden auch nicht sachgerecht ausgestattet. Es ist nach wie vor so, dass ein Drittel der Stellen nicht besetzt ist, und Sie fordern allen Ernstes ein neues Amt mit 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das finde ich geradezu absurd; ganz abgesehen davon, dass ich Ihren Lösungsansatz überhaupt nicht als sachgerecht ansehe. Wir brauchen rechtsstaatliche Asylverfahren. Darüber lese ich in Ihrem Antrag kein einziges Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Kollege Straub, Sie haben das Wort.

Karl Straub (CSU): Frau Kamm, ich muss mich schon ein wenig wundern. Das letzte Mal haben Sie bemängelt, dass es Zentrale Ausländerbehörden gibt. Jetzt bemängeln

Sie, dass die Stellen noch nicht besetzt seien. Wir sind auf einem guten Weg. Wir haben 70 % der Stellen besetzt.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Die Zentralen Ausländerbehörden arbeiten immer besser. Auch das war die absolut richtige Entscheidung.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Es war die absolut richtige Entscheidung, die Verfahren zu bündeln und die Entscheidungen zentral zu treffen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Sie müssen doch wissen, was Sie wollen. Sollen wir die Stellen alle besetzen?

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Das letzte Mal forderten Sie die Abschaffung der Zentralen Ausländerbehörden, und jetzt fordern Sie die komplette Besetzung. Manchmal frage ich mich bei Ihnen schon, Frau Kamm.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte drei Vorbemerkungen machen. Zunächst zu meinem Vorredner. Herr Straub, mir sind oft Schüler begegnet, die zu mir gesagt haben: Aber morgen fange ich mit den Hausaufgaben an. – Genau so ist das jetzt bei Ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Morgen wollen Sie all das erreichen, was wir seit Jahren erreichen wollen. Ihnen fällt aber immer wieder eine neue Methode des Hausaufgabenmachens ein. Das ist so, als wenn ein Schüler sagen würde: Morgen fange ich einmal mit Mathe als Erstes nicht an. – Das sind Umschichtungen, aber passieren tut nichts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vorbemerkung: Sie sagen – und das haben wir heute in der Aktuellen Stunde schon einmal gehört – wir hätten eine hervorragende Kriminalstatistik. In Bayern zu leben, heiße sicher zu leben. – Das sehen wir auch so. Ich denke, alle hier haben auf ihre Weise dazu beigetragen.

Sie loben den Innenminister, Sie loben die Staatsregierung. Dann brauche ich das nicht mehr zu tun. Die neigen dazu, sich selber dauernd zu loben. Sie loben aber auch die Polizistinnen und Polizisten, und diesem Dank möchte ich mich natürlich anschließen. Ich möchte in den Dank aber die Feststellung einschließen: Dass wir so sicher leben können, dass wir ein so sicheres Bundesland sind, geht inzwischen ganz klar auf die Tatsache zurück, dass wir die Polizisten teilweise ausnutzen, dass wir ihre Bereitschaft, sich für unser Land einzusetzen, letztendlich fast schon in unmoralisch hohen Ausmaß in Anspruch nehmen. Diese Millionen Überstunden!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Bereitschaft, die diese Berufsgruppe zeigt, sich für uns, die Bürgerinnen und Bürger, das Land, einzusetzen, ist schon fast nicht mehr normal. Da kann man nur danke sagen! Das kann aber kein Dauerzustand sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ihr Antrag "Optimale Sicherheit für Bayerns Bürgerinnen und Bürger!" klingt gut. Kein Mensch wird sagen: Da machen wir nicht mit. Man muss dann aber natürlich den In-

halt lesen. Dort heißt es ganz klar – und deshalb werden wir den Antrag ablehnen –: "Aufbau einer Bayerischen Grenzpolizei".

Wir verstehen nach wie vor nicht, dass man eine Bundesaufgabe freiwillig übernehmen will. Wenn Sie sich hinstellen und sagen würden: Wir fordern ab morgen von unserem tollen Bundesinnenminister 500 zusätzliche Bundespolizisten an den bayerischen Grenzen – dann wären wir sofort dabei –,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und wir fordern die 150 neuen Dienstfahrzeuge vom Bund – da wären wir auch sofort dabei – und alles das, was die Grenzpolizei machen soll, in einem Doppelpassspiel zwischen unserem Ministerpräsidenten und dem Innenminister. Aber Sie wollen doch momentan Leute aus der Provinz, aus der Fläche abziehen.

Ich habe gestern eine Anfrage gestellt und bin auf die Antwort gespannt. Ich will ganz konkret wissen: Wo ziehen Sie diese 500 Leute, von denen wir jetzt reden, ab?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie bezahlen Sie den ganzen Wasserkopf? Ich möchte wissen: Wie wird ein Herr Mannichl eingruppiert, und wie viele Stellen der Qualifikationsebenen 3 und 4 brauchen wir auf einmal? Die Schleierfahnder werden jedenfalls um keinen einzigen Beamten mehr, sondern sie werden aus einer gut funktionierenden Struktur abgezogen und in eine aufzubauende Struktur integriert, die wir aber nicht brauchen; denn – wie Sie dauernd sagen – sicher ist es hier jetzt schon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege, so geht es weiter. Sie sind aus dem Landkreis Pfaffenhofen. Sie sind von dort, wo Manching liegt. Auch ich bin öfter in Manching. Von Manching hat man gesagt, das sei jetzt ein Transitzentrum, in dem alles schnell geht. Jetzt braucht man ein Anker-Zentrum. – Ich kann mich gut erinnern: Wir hatten mal eine Kollegin, die die

Gelenkklasse erklärt hat, während sie ihr Gelenk anschaute. Das war die Frau Will von der FDP, wenn Sie es noch wissen, die erläutert hat, die 5. Klasse werde zur Gelenkklasse. – Jetzt haben wir ein Anker-Zentrum. Das ist toll, wie Sie mit Metaphern umgehen, aber das heißt doch auch wieder nur, dass Sie eine neue Struktur aufbauen wollen. Jetzt muss man erst einmal drei Wissenschaftler beschäftigen, die überlegen, wie so ein Anker-Zentrum ausschauen soll, anstatt dass Sie dafür sorgen, dass Manching funktioniert.

In Manching betrug die durchschnittliche Verweildauer 96 Tage. An Weihnachten waren es schon 121 Tage. Jetzt sind wir bei 140 Tagen. Inzwischen haben wir in Manching auch Leute mit Abschiebestatus, die bereits drei oder vier Jahre in der Bundesrepublik sind. Dass das Ausreiseerfordernis nicht erfüllt wird, liegt aber doch nicht daran, dass wir zu wenig Grenzpolizei, zu wenig Schleierfahnder haben, sondern daran, dass wir letztendlich an bestimmten Schwierigkeiten unseres Rechtsstaates scheitern. Dieser Zustand wird durch nichts, was Sie vorschlagen, geändert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte noch Zeit für den nächsten Dringlichkeitsantrag lassen. – Ich denke, man kann wieder das Gleiche sagen: Sie wollen noch mal aufbauen.

Das tut schon weh. Wenn man jetzt fast 10 Jahre hier im Bayerischen Landtag ist und Ihren zweiten Spiegelstrich "auch Strafjustiz und Justizvollzug, bei denen durch vorgenannte Maßnahmen mehr Arbeit anfallen wird, entsprechend zu stärken" liest, fragt man sich: Wo waren Sie denn bei unseren Anträgen? Mein Vorsitzender Aiwanger forderte 50 Verwaltungsrichter mehr, und dann 70 mehr, und mehr Verwaltungsbeamte! – Nein, nein. Jetzt wird ein bisschen nachgeschoben. Das ist doch schon überfällig. Eigentlich schade ums Papier, muss man sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Wir haben nicht das Gegenteil davon verlangt, sondern wir stellen einen ganz pragmatischen Antrag, in dem wir sagen: Bitte machen Sie die Schleierfahndung wirklich so, dass das Personal noch besser arbeiten kann, ohne dauernd Überstunden vor sich herzuschieben. Schauen Sie, dass Manching funktioniert! Setzen Sie ausreichend Richter ein! In meiner Kommune warten wir seit einem halben Jahr auf einen Bescheid, weil die Richter nicht mehr zu Rande kommen, weil es dauernd heißt: Asyl, Asyl! Wir sind beschäftigt.

Das sind doch die Schwachstellen, an denen Sie ganz schnell etwas ändern können. Da brauchen Sie dieses Konstrukt nicht. Es tut mir leid: Es ist schon so, dass Sie der Bevölkerung suggerieren, dass Sie immer etwas tun. Sie hätten aber schon lange etwas tun können!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER): Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Arnold von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Soziale Sicherheit und Sicherheit sind ein Gebot des Sozialstaates, und in Bayern sind wir traditionell ein Sozialstaat. Deswegen ist es ein wichtiger Belang, diese Sicherheit in Bayern zu optimieren. – So viel zur Überschrift.

Man muss aber fragen: Ist diese Sicherheit gefährdet, wann, wodurch und durch wen? – Sie suggerieren mit dem Antrag auf der einen Seite, dass Bayerns Grenzen tatsächlich unsicher sind und dass in diesem Zusammenhang Handlungsbedarf besteht. Auf der anderen Seite sagen Sie: Na ja, wir sind sowieso schon das sicherste Bundesland. So geraten Sie in eine argumentative Schieflage.

Man kann sich auf eine Rallye begeben und immer mehr Gas geben, aber man muss die Kurven kriegen. Aus unserer Sicht kriegen Sie die Kurven nicht; denn die optimale

Sicherheit für Bayerns Bürgerinnen und Bürger wird nicht nur an den Grenzen sichergestellt, sondern auch in den Polizeiinspektionen vor Ort und in ganz Bayern. Wir sind ein Flächenland.

Wir kommen da zu ganz anderen Ergebnissen als Sie. Hören wir die offizielle Anfrage unseres Fraktionsvorsitzenden Rinderspacher: 2015 waren in Bayern 2.472 Stellen nicht besetzt, 2016 waren 2.545 Stellen nicht besetzt, und jetzt, im "Kanter-Jahr", im Superjahr, sind es gerade einmal 2.161 – Jahr um Jahr fehlen mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in der Fläche! Jetzt kommen Sie daher und sagen, mit 1.000 Grenzpolizeibeamten würde das Sicherheitsgefühl der bayerischen Bevölkerung insoweit gestärkt. Das ist immer noch nur die Hälfte dessen, was derzeit in den Inspektionen nicht besetzt ist. Dort sind immer noch jene Kolleginnen und Kollegen, die auch von Frau Gottstein angesprochen worden sind, die überproportional viel arbeiten und Überstunden machen. Diese Kolleginnen und Kollegen hätten sich in diesem Zusammenhang ebenfalls unmittelbare Unterstützung gewünscht. Das ist ein Punkt, den man hier schon einmal anmerken muss.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch die Frage, ob eine Grenzpolizeiinspektion das geeignete Mittel ist. Vielleicht sollte man einmal die Berufsorganisationen dazu fragen. Man hört von der Gewerkschaft der Polizei und von der Deutschen Polizeigewerkschaft dazu nichts Gutes, weil nur ein neuer Wasserkopf, eine neue Behörde mit Laufbahnen installiert werden wird. Es muss Logistik sichergestellt werden, es müssen Büroräume bereitgestellt werden. All das ist bereits jetzt teilweise durch die Abordnung, den Vertrag zwischen Bundes- und Landespolizei, gewährleistet. Bayerische Polizisten machen als Fahnder hervorragende Arbeit und ergänzen in diesem Zusammenhang die Arbeit der Bundespolizei. Das Zusammenspiel vor Ort ist hervorragend. – So ist es mir gesagt worden.

So verwundert es nicht, dass der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei sagt: Eigentlich ist es ein Misstrauensvotum gegenüber unserer Arbeit, denn wir machen bereits heute professionelle und vernünftige Arbeit. Warum soll hier ohne Not eine neue Institution kommen, die in keiner Weise die Mängel beheben kann, die ich soeben beschrieben habe?

(Beifall bei der SPD)

Wir haben genau dieselbe Situation bei der Strafjustiz und beim Justizvollzug. Sie wissen, wie das am Anfang war: Da sind bei den zahlreichen Haftbefehlen, die ausgestellt worden sind, auch die JVA Nürnberg und andere im Land einbezogen worden.

Das heißt mit anderen Worten: Peppen Sie ganz Bayern im Bereich des Justizvollzugs auf, und erwecken Sie hier nicht einen falschen Eindruck! Wir sind ein Flächenland und tragen dafür gemeinsam Verantwortung.

Ich komme zum vorgesehenen Bayerischen Landesamt für Asyl. Sie wissen doch selber, dass Sie sich auf die Fahne geschrieben haben, Bürokratie abzubauen. Sie haben sogar einen Beauftragten für Bürokratieabbau. Einen solchen gab es in Brüssel, und jetzt haben wir auch einen.

Was für eine Bürokratie bauen Sie denn auf? – Herr Innenminister, Sie haben 2015 die Zentralen Ausländerbehörden zelebriert, die mit neuem Personal ausgestattet worden sind. Der Kollege Straub ist stolz, dass im Jahr 2018 gerade 70 % der Stellen besetzt sind, und jetzt kommt in diesem – ich zitiere – positiven Trend noch eine neue Behörde hinzu, die all das weiter verbessern soll, was hier überhaupt erst einmal gelernt werden muss.

Ich kann das nur so verstehen: Sie glauben, Sie müssten der Öffentlichkeit in irgendeiner Art und Weise einen Aktionismus präsentieren, mit dem alles anders und besser wird. Inhaltlich wird dadurch jedoch gar nichts besser; denn die Verwaltungswege werden nicht kürzer. Die Zuständigkeit für ein Asyl- bzw. Ausländerverfahren oder Ab-

schiebehaft ist immer noch dort gegeben, wo der Ausländer seinen normalen Aufenthalt hat. Ob das in Hof ist oder in Fürth oder in Straubing, das ist egal. Sie müssen immer wieder zu den dortigen Gerichten gehen. Was nützt Ihnen da eine zentrale Behörde? Wie wollen Sie die unterschiedlichen Fragen nach der Zuständigkeit gerade in dieser wichtigen Phase so klären, dass das Ganze einigermaßen funktioniert?

Sie schaffen Verwirrung auf ganzer Linie, und die letzten Gutwilligen, die überhaupt noch dabei sind und versuchen, hier mitzuarbeiten, wissen nicht wirklich weiter. Die sogenannte Menschenrechtsklausel, die Sie, Herr Straub, eingeführt haben, um zu zeigen, dass wir ein Land der Gutwilligen sind, scheitert doch schon daran, dass niemand mehr weiß, wer überhaupt wofür zuständig ist. Mit einem ständigen "Ja, aber" können Sie das nicht bewerkstelligen. Die Stellen, die dazu notwendig sind, müssen nicht nur besetzt werden, sondern – und das ist das Entscheidende – sie müssen zudem kompetent besetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Kompetenz ist das Entscheidende. Es wachsen doch keine Verwaltungsjuristen und Verwaltungsbeamten mit dieser Qualifikation auf den Bäumen, wo man sie ernten könnte, sondern die Leute müssen bereits jetzt dafür gewonnen werden. Wenn schon bei den Zentralen Ausländerbehörden nur 70 % der Stellen besetzt sind, wo wollen Sie denn die Leute herbekommen? Diese Euphorie über die Vermehrung von Fach- und Sachkompetenz in unserem schönen Bayernland muss man Ihnen nehmen, weil sie einfach nicht gerechtfertigt ist.

Genau dasselbe gilt für den Bereich der Fahndung bei der Polizei. Sie wollen 500 neue Fahnder einstellen. Die Fahndung ist ein anspruchsvoller Job. Die Leute müssen einen Umgang damit erlernt haben. Das ist nichts, was man von der Polizeischule her einfach so kann, sondern dieses Gespür muss trainiert sein. Also müssen Sie diese Leute doch wieder aus der Fläche abziehen. Auf unsere nächste Anfrage lautet dann vielleicht die Antwort, dass bei den Inspektionen 20 % der Stellen nicht besetzt sind.

Aus unserer Sicht ist das, was Sie hier veranstalten, alles nur Theater, um gewissen Bedürfnissen seitens der Bevölkerung nach Schlagworten gerecht zu werden. Inhalte füllen Sie damit jedenfalls nicht – im Gegenteil, Sie stärken subkutan noch das Gefühl, dass die innere Sicherheit Bayerns durch die Grenzsituation möglicherweise gefährdet sei. Lassen Sie hier doch bitte die Kirche im Dorf! Das ist doch nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Frau Gottstein, die Anker-Zentren sind im Koalitionsvertrag vereinbart, und zwar aus gutem Grund. Sie sind ein Kompromiss. In Ihrem Antrag fordern Sie, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten zu erweitern und zu ergänzen. Das muss doch erst mal in der Sache analysiert werden, und zwar zuständigkeitsshalber vom Bundesaußenministerium. Das können wir durch Ihren Antrag nicht einfach übers Knie brechen.

Zudem fallen sichere Herkunftsländer nicht wie Früchte vom Baum, sondern sie bedürfen einer gewissen Struktur. Es macht zum Teil schon sehr betroffen, dass beispielsweise in Tunesien die Leute kein rechtsstaatliches Verfahren erhalten. Wenn es dann aber ein sicheres Herkunftsland wird, scheint Ihnen deren Schicksal egal zu sein. Wichtig ist, dass das Etikett stimmt. Auch das ist ein Punkt, den wir, wenn wir unsere Aufgabe im Sozialstaat humanistisch und ethisch ernst nehmen, so nicht durchgehen lassen können. Deswegen müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

Was die anderen Punkte betrifft, haben die FREIEN WÄHLER gesagt, dass sie den CSU-Antrag ablehnen; deswegen werden wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen.

Auf eine optimale Sicherheit für Bayerns Bürgerinnen und Bürger kann nur im Rahmen einer bayernweiten Lösung hingewirkt werden. Eine Grenzpolizei, die nichts anderes als Bürokratie schafft, wobei man zudem noch Verträge mit dem Bund aufkündigen muss – da haben Sie vielleicht Glück, dass Herr Seehofer der

Bundesinnenminister ist –, bedeutet nichts anderes, als dass mindestens 185 Verwaltungsschritte nötig sind, um Sicherheit zu schaffen.

Würde man hingegen die derzeitigen Verhältnisse vor Ort stärken, was nur des guten Willens bedürfte und eine personelle Ausstattung erforderlich machen würde, die wir schon seit Jahr und Tag mit unseren Fachpolitikern im Innenausschuss und im Haushaltsausschuss beantragt haben, die Sie aber ständig abgelehnt haben nach dem Motto: Es läuft ja schon optimal, wäre das viel zielführender. Deswegen ist dieser Antrag ein Widerspruch in sich. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schulze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Dringlichkeitsantrag möchte die CSU, dass der Landtag die Pläne der Staatsregierung begrüßt. Ganz ehrlich: ich begrüße die bayerische Grenzpolizei nicht, ebenso wenig ein eigenes Landesamt für Asyl oder die Anker-Zentren.

Eine bayerische Grenzpolizei ist Quatsch, und zwar aus mehreren Gründen. Lassen Sie mich Ihnen diese Gründe nochmals erklären.

Erstens. Zu einem vereinten Europa gehören keine Binnengrenzkontrollen. Das ist doch gerade das Schöne an Europa, dass wir keine Schlagbäume mehr haben. Wenn es gelegentlich zeitlich begrenzte Ausnahmen gibt, in denen Grenzkontrollen durchgeführt werden – das gilt noch bis Mai dieses Jahres, und danach soll es vorbei sein –, ist dafür doch die Bundespolizei zuständig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist gesetzlich so geregelt, und ich verstehe nicht, warum Bayern hier eine Extrawurst braten will. Am letzten Freitag war ich im Berchtesgadener Land unterwegs und

habe dort unter anderem die Bundespolizei in Freilassing besucht. Sie machen ihren Job – bis zum Mai sind sie gesetzlich dazu verpflichtet – dort wirklich gut. Danach werden die Grenzkontrollen hoffentlich nicht weiter verlängert. Es hat absolut keinen Sinn, dass wir jetzt noch zusätzlich eine bayerische Grenzpolizei erhalten.

Das hat auch aus einem anderen Grund keinen Sinn – das haben wir hier schon mehrfach durchgekaut –, weil nämlich unsere bayerische Landespolizei überlastet ist. Es ist wirklich enorm, was die bayerischen Polizistinnen und Polizisten alles leisten. Sie haben einen riesigen Überstundenberg angehäuft, und sie haben es mit der Pensionswelle zu tun. Wir müssen schauen, dass wir das irgendwie gut hinbekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt wollen Sie eine bayerische Grenzpolizei einrichten. Da muss ich doch mal fragen: Woher sollen diese 1.000 Stellen denn kommen? Wenn Sie diese Stellen von woanders abziehen, um sie in die neue bayerische Grenzpolizei zu bringen, dann fehlen sie doch dort. Wenn Sie dort 1.000 neue Stellen einrichten wollen, dann wird das erst in drei Jahren etwas, weil erst dann die neuen Polizistinnen und Polizisten ausgebildet sein werden. Auch das ist wieder reine Augenwischerei. Sie wollen damit vermeintlich Stärke symbolisieren. Dieses Symbols bedarf es aber nicht, weil in einem vereinten Europa gar keine Binnengrenzkontrollen vorhanden sein sollten.

Zweitens. Das Bayerische Landesamt für Asyl ist in meinen Augen ebenfalls ein typischer Söder-Aktionismus. Für Asylentscheidungen ist weiterhin das BAMF zuständig. Wir brauchen in unserem Land keine Doppelstruktur, und wir brauchen auch keine Ausweitung irgendwelcher Anker-Zentren. Beim Thema Asyl brauchen wir rechtsstaatliche Verfahren und ausreichende Verfahrensberatung, aber keine Abschiebelager. So einfach ist das!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwei Dinge möchte ich allerdings auch begrüßen: Zum einen begrüße ich, dass der Antrag vorsieht, die Justiz besser auszustatten. Das ist sehr wichtig. Wir haben schon bei unserem ersten GRÜNEN-Polizeikongress formuliert, dass bei der Justiz nachjustiert werden muss. Wenn wir die Polizei besser ausstatten, was gut und richtig ist, muss natürlich auch die Justiz besser ausgestattet werden, damit dort nicht der Flaschenhals verstopft.

Ja, auch die Polizei muss besser ausgestattet werden; ich hatte den Überstundenberg und die anstehende Pensionswelle schon angesprochen. Dazu gehört, dass wir vor allem die Ausbildungsorte sowie die Ausbilderinnen und Ausbilder unterstützen und stärken; denn wenn wir so viele neue Polizistinnen und Polizisten einstellen, müssen sie auch irgendwo ausgebildet werden. Wir wissen, dass sie erst in drei Jahren mit ihrer Ausbildung fertig sind. Bis dahin braucht unsere bayerische Landespolizei dringend Entlastung. Wie bekommt sie Entlastung? – Indem wir sie von unnötigen Aufgaben entlasten. Wie entlasten wir sie von unnötigen Aufgaben? – Indem wir sie nicht bei solch unsinnigen Dingen wie Grenzkontrollen einsetzen. Wir sollten die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eher darin unterstützen, dass sie die Aufgaben, für die sie zuständig sind, gut erfüllen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eines sagen. Dieser Antrag trieft von Ihrer eigenen Widersprüchlichkeit. Auf der einen Seite feiern Sie sich und sagen, Bayern sei das sicherste Bundesland. Wir haben erst vor Kurzem die Zahlen gehört; diese sind wunderbar. Das liegt unter anderem an der guten Arbeit der Polizei, der Rettungskräfte, der Feuerwehr, aber auch an einer starken Zivilgesellschaft. Das ist gut. Aber gleichzeitig formulieren Sie einen Antrag, in dem Sie die optimale Sicherheit fordern. Anstatt sich in diesem Antrag ein bisschen weiter aus dem Fenster zu lehnen und zu überlegen, was eine starke Polizei noch zusätzlich bräuchte, schreiben Sie wieder Asylthemen hinein, als würden Sie unterstellen, dass Asylbewerber per se ein Sicherheitsproblem sind. Das finde ich wiederum schäbig. Das geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie noch etwas hätten schreiben wollen, hätte ich noch gerne Themen wie die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit gelesen. Wir wissen alle, dass wir die europäische Zusammenarbeit stärken müssen, weil Terror und Kriminalität nicht an Ländergrenzen Halt machen. Natürlich darf es dann auch die Bekämpfung nicht tun.

Im Antrag hätte auch etwas zu einer besseren Ausstattung der IT-Spezialistinnen und IT-Spezialisten bei der Polizei stehen müssen, weil dies das große Thema ist, bei dem wir in der inneren Sicherheit vorangehen müssen.

Im Antrag hätte auch etwas davon stehen müssen, dass man mehr gegen Übergriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, gegen Feuerwehrleute und Rettungskräfte machen möchte; denn innere Sicherheit bedeutet auch Prävention, Deradikalisierung und Vorsorge, wie wir GRÜNEN jedenfalls wissen. Auch dazu hätten noch eine paar Takte in den Antrag gehört.

In der jetzigen Formulierung können wir dem Antrag auf gar keinen Fall zustimmen, weil er die Weichen falsch stellt. Daher lehnen wir Ihren Antrag und damit Ihre bayerische Grenzpolizei vehement ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Das Wort hat nun Herr Staatsminister Joachim Herrmann. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir uns wenigstens darin einig sind, dass Bayern nach wie vor das sicherste aller 16 Bundesländer ist. Das verdanken wir in der Tat einem guten zivilen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Das verdanken wir auch dem großartigen Engagement der bayerischen Polizei. Aber es scheint vielleicht auch etwas damit zu tun zu haben, dass das Grundkonzept des Einsatzes, der Ausstattung, des personellen Umfangs und der rechtlichen Grundlagen der baye-

rischen Polizei seit Jahrzehnten von der CSU im Bayerischen Landtag und der Staatsregierung in den politischen Rahmenbedingungen bestimmt werden.

(Beifall bei der CSU)

Mit Ihrer Zustimmung zu der Feststellung, dass Bayern das sicherste aller Bundesländer ist, geben Sie gleichzeitig zu – dafür mache ich nicht Sie verantwortlich, liebe Frau Schulze –, dass es überall da, wo Ihre Parteigenossinnen und Parteigenossen, Ihre Parteifreundinnen und Parteifreunde regieren, um die Sicherheit schlechter bestellt ist als im Freistaat Bayern. Das ist Fakt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Daher erlaube ich mir festzustellen: Die Wahrscheinlichkeit, dass die Situation dann, wenn wir Ihren Ratschlägen folgen würden, in Bayern noch besser wäre, ist leider recht gering. Leider lassen Sie dafür auch jede Beweisführung deutlich vermissen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Frau Schulze, ja, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Sie haben zum Schluss auch vermisst, dass wir uns weit aus dem Fenster lehnen. Nein, das ist in der Tat nicht unsere Art. Ich rate Ihnen auch aus Sicherheitsgründen dringend davon ab, sich zu weit aus dem Fenster zu lehnen. Aber das müssen Sie selbst wissen. Nein, wir versuchen, eine sehr reelle und vom gesunden Menschenverstand geprägte Politik zu betreiben.

Dazu gehört zunächst aber auch, dass ich einigem Unfug, der hier wieder verbreitet worden ist, deutlich widersprechen muss; denn vom Kollegen Arnold ist erneut behauptet worden, in Bayern sei jede zehnte Polizeistelle unbesetzt.

Zu unserem bayerischen Polizeikonzept gehört natürlich auch, dass wir Kolleginnen und Kollegen ständig aus- und fortbilden. Darauf, liebe Frau Kollegin Schulze, haben Sie zum Schluss hingewiesen. Weil ich kürzlich wieder bei einem Abschlusslehrgang

in Fürstenfeldbruck war, will ich nur sagen: Ständig sind etwa 600 Beamte in den Aufstiegslehrgängen, und zwar von der 2. in die 3. QE und von der 3. in die 4. QE. Auch wenn ich mir den Mund fusselig rede – ich weiß nicht, wie oft ich es schon gesagt habe –, will ich noch einmal sagen: Wenn Sie die verfügbare Personalstärke zu irgendeinem Stichtag abfragen, an dem zum Beispiel diese 600 Beamten auf einem Lehrgang sind, sitzen alle diese Beamten dennoch auf Planstellen ihrer Heimatdienststellen. Wenn ich danach frage, wie viele an dem Tag in der Heimatdienststelle verfügbar sind, gehören diese Beamten natürlich nicht dazu, weil sie im Moment in Fürstenfeldbruck, in Sulzbach-Rosenberg oder in Hiltrup sind. Daher können Sie hier, nachdem ich es Ihnen schon ein paarmal erklärt habe, doch nicht ernsthaft behaupten, dass diese Stellen nicht besetzt sind. Das ist grober Unfug. Das sind Beamte, die im Dienst sind und ihr Gehalt bekommen, aber im Moment nicht auf ihrer Dienststelle eingesetzt sind. Es ist wirklich unverschämt gegenüber unseren Bürgern und Bürgerinnen, hier ernsthaft zu behaupten, diese Stellen seien nicht besetzt. Es ist unverschämt, solch einen Unsinn zu erzählen.

(Beifall bei der CSU)

Dasselbe gilt zum Beispiel für eine ganze Reihe von Kolleginnen, die im Mutterschutz sind. Natürlich bekommt jede Kollegin, die in Mutterschutz ist – das ist eine wichtige soziale Errungenschaft der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert –, ihr Gehalt weiter. Diese Kollegin sitzt auf ihrer Planstelle. Sie können doch nicht behaupten, dass die Stelle einer Kollegin, die sich zum Beispiel ab 1. Januar in Mutterschutz befindet und deshalb in ihrer Dienststelle nicht verfügbar ist, nicht besetzt ist. So dumm kann man sich überhaupt nicht anstellen.

(Beifall bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Das ist Volksverdummung! – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Fakt ist jedenfalls, dass wir in Bayern heute überall mehr Personal haben, als es vor zehn Jahren der Fall war. Wir haben also bei der Polizei mehr Personal. Ich bin sehr

dankbar, dass der Landtag und die Staatsregierung beschlossen haben, dafür noch viel mehr Stellen vorzusehen. In den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020 und 2021 summieren sich entsprechend der Zusagen des neuen Ministerpräsidenten Markus Söder die Stellen auf insgesamt 3.500; das heißt: 2.000 plus 1.500 Stellen. Die ersten 1.000 Stellen sind bereits vorgesehen, weitere Stellen folgen im nächsten und im übernächsten Jahr.

Was die Überstunden betrifft, leistet 1.000 Polizisten pro Jahr etwa zwei Millionen Dienststunden. Sie können sich ausrechnen, dass die bayerische Polizei in wenigen Jahren mit 3.500 zusätzlichen Leuten pro Jahr insgesamt 6 Millionen zusätzliche Stunden Dienst leisten wird. Da bleibt von den jetzigen Überstunden wirklich so gut wie überhaupt nichts mehr übrig.

Was die anstehenden Konzepte betrifft, kann ich mich noch gut daran erinnern, als wir, lieber Herr Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer 1994 neu in diesen Landtag kamen. Eines der ersten Gesetzesvorhaben, mit dem wir damals befasst waren, war die von Günther Beckstein eingebrachte Gesetzgebung zur Einführung der Schleierfahndung. Ja, wir haben es damals in der Tat auch begrüßt, dass die Grenzkontrollen zu Österreich wegfallen. Aber wir haben damals schon gesagt: Dieses Mehr an Freiheit darf nicht zu einem Weniger an Sicherheit führen. Genau das haben wir mit der Schleierfahndung erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich weiß noch genau, damals hat sich der Kollege Kronawitter, der zu dieser Zeit neu in den Landtag gekommen ist, erdreistet, gegen die Meinung seiner Fraktion für unseren Gesetzentwurf der Schleierfahndung zu stimmen. Damals hat die ganze übrige SPD-Fraktion gegen diesen Gesetzentwurf gestimmt. Es wurde in der Tat dasselbe geredet, etwa die Frage diskutiert: Wozu braucht es eine Schleierfahndung? Das sei völlig überflüssig, das brauche man doch nicht, was die CSU da wieder mache und

dergleichen. Heute ist die Schleierfahndung in ganz Deutschland, ja in halb Europa, Vorbild. Unser Konzept der Schleierfahndung hat sich als richtig erwiesen.

(Beifall bei der CSU)

Sie trauen sich heute gar nicht mehr zu sagen, dass die Schleierfahndung falsch wäre, weil sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die Schleierfahndung wichtig ist. Aber so ist es eben immer wieder: Wir kommen mit den richtigen, guten Konzepten, die Sie wie üblich ablehnen. Ich kann Ihnen nur sagen: Ja, wir werden auch diese Grenzpolizei zum Erfolg führen. Wir werden dafür sorgen, dass in der Tat die, die in den Polizeiinspektionen Fahndung sind, in dieser Grenzpolizei eingesetzt werden.

In den nächsten Jahren werden wir diesen Bereich schrittweise um weitere 500 Beamte aufstocken. Die ersten 500 kommen aus den Polizeiinspektionen Fahndung. In den nächsten Jahren kommen weitere 500 dazu. Dann sind wir auf diesem Gebiet gut aufgestellt. Wenn Sie sich die Kriminalstatistik anschauen, ist unübersehbar, dass die grenzüberschreitende Kriminalität – in der Tat geht es hier nicht nur um die Flüchtlinge – zunimmt und dass die Kriminalität von Ausländern beständig zunimmt. Das ist nun einmal so. Deshalb hat die Frage, wie intensiv wir Schleierfahndung und Grenzkontrolle betreiben, eine unmittelbare Auswirkung auf das Sicherheitsniveau in unserem Land. Deshalb werden wir uns davon auch nicht abbringen lassen. Wir werden genau das umsetzen, was die CSU-Fraktion in ihrem Antrag befürwortet und einfordert. Ich denke, dass wir in der Staatsregierung zum Thema Grenzkontrollen bis Mitte Mai ein Gesamtkonzept beraten und verabschieden werden. Ich werde den Landtag dann gerne über die Details informieren. Das ist der richtige Weg, um dafür zu sorgen, dass wir weiterhin Sicherheitsland Nummer eins in Deutschland bleiben. Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit, aber unsere Konzepte sorgen dafür, dass man jedenfalls in Bayern weiterhin sicherer leben kann als anderswo. Hier stehen wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in der Verantwortung. Dafür setzen wir uns auch weiterhin ein.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Der Kollege Güller hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet und anschließend die Frau Kollegin Schulze. – Zunächst hat der Kollege Güller das Wort, bitte schön.

Harald Güller (SPD): Jetzt möchte ich zum Thema begriffsstutzig etwas sagen. Wer ist hier in diesem Raum begriffsstutzig? – Wenn ein Bürger oder eine Bürgerin die 110 wählt, weil ein Unfall gemeldet werden soll, weil eingebrochen wird und die Polizei vorbeikommen soll oder weil eine Straftat verhindert werden muss, dann ist es der Bürgerin oder dem Bürger völlig egal, ob eine Planstelle besetzt ist oder nicht. Es kommt darauf an, dass ein Streifenwagen, in dem reale Polizistinnen und Polizisten sitzen, vorbeikommt.

(Beifall bei der SPD)

Den Bürgern ist es völlig egal, wenn Sie erklären, dass die Stelle eigentlich besetzt ist, aber die Person in Mutterschutz, in Elternzeit, auf Lehrgang oder dauerkrank ist. Diese Person steht zu diesem Zeitpunkt für die Verbrechensbekämpfung nicht zur Verfügung. Das mindert die öffentliche Sicherheit im Freistaat Bayern. Darum gibt es eine Sollzahl, die eingehalten werden sollte.

(Widerspruch bei der CSU – Martin Schöffel (CSU): Humbug!)

Ihre Nebelkerzenwerferei ist purer Populismus und geht an den Menschen vorbei. Beispielsweise sollen im Landkreis Augsburg am Abend auch zwei Streifen der Polizeiinspektion Zusmarshausen unterwegs sein. Dabei ist es den Bürgern völlig egal, ob Polizisten in Mutterschutz oder sonst wo sind. Glauben Sie doch nicht, dass die Menschen so doof sind, nicht zu kapieren, welche Spielchen Sie hier betreiben. Sie müssen mehr Personal ausbilden und die Fehler, die unter Stoiber gemacht worden

sind, endlich ausbessern. Herr Minister, das wäre Ihre Aufgabe, anstatt die Opposition zu beschimpfen.

(Beifall bei der SPD – Ingrid Heckner (CSU): Wahnsinn! Ein Wahnsinn! Joachim sag es ihm!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Lieber Herr Kollege Güller, wir können gerne auch auf diesem Niveau diskutieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, bitte!)

Ich will Ihnen noch einmal sagen: Keiner, der heute Abend die 110 wählt, wird zur Antwort bekommen: Tut uns leid, die Kollegin ist in Mutterschutz.

(Heiterkeit bei der CSU)

Sie machen diese Rechnung auf. Sie betrachten Sollzahlen, Istzahlen und die verfügbare Personalstärke. Selbstverständlich muss jeder, der die 110 wählt, eine qualifizierte Antwort und den Polizeieinsatz erhalten. Genau dafür stehen wir auch. Sie berichten nicht davon, dass keine Polizisten zum Einsatzort gekommen wären. Sie vergleichen Zahlen aus irgendwelchen Statistiken und leiten daraus ab, dass Stellen nicht besetzt werden. Das ist der Unsinn, den Ihr Kollege vorhin vorgetragen hat. Dem widerspreche ich nachdrücklich, lieber Herr Kollege Güller. Sie werden doch jetzt nicht ernsthaft behaupten wollen, dass wir keine Frau mehr in den Mutterschutz lassen sollen. Was soll denn dieses Gerede? Sollen wir keinen mehr zum Aufstiegslehrgang lassen? – Das ist doch ein dummes Zeug, was Sie hier darstellen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

So können wir doch nicht weitermachen. Das gibt es doch in keiner anderen Firma oder sonst wo. Natürlich gehen Kolleginnen in den Mutterschutz.

(Martin Güll (SPD): Eine mobile Reserve einführen!)

– Bitte? – Ja, haben wir ja. Trotzdem werden Sie immer, wenn Sie den Vergleich zwischen Soll und Verfügbar haben – – Das ist in jeder Schule und in jedem Handwerksbetrieb so. Auch wenn Sie eine Reserve einstellen, ist da trotzdem jemand, für den sie das Gehalt bezahlen müssen. Mutterschutz ist auch richtig. Sie bezahlen das Gehalt. Die Stelle ist nie frei. Die Stelle ist besetzt.

(Ingrid Heckner (CSU): Die Reserve ist wieder befristet, dann schimpft ihr auch wieder!)

Daran führt kein Weg vorbei. Das können Sie drehen und wenden, wie Sie wollen. Auch wenn Sie zehn Zusatzkräfte einstellen, wird es immer so sein, dass die eine Person, die sich in Mutterschutz befindet, im Betrieb nicht präsent ist. Das können Sie jetzt noch fünfmal rumdrehen, aber daran wird sich nichts ändern. Deshalb kann ich nur sagen: So kommen wir nicht weiter.

Lieber Herr Güll, da Sie jetzt an die Zeiten unter Stoiber erinnern, kann ich nur sagen, dass Sie sich die Statistiken anschauen sollten. Ja, es gab Zeiten, in denen auch Stellen abgebaut worden sind. Wir haben diese Delle bereits überwunden. Seit mindestens fünf Jahren haben wir mehr Stellen in der bayerischen Polizei. Wir haben nicht nur mehr Stellen, sondern mehr Beamtinnen und Beamte verfügbar als jemals zuvor in der bayerischen Geschichte. Auf diesem Stand sind wir schon seit fünf Jahren. Die Anzahl der Stellen nimmt von Jahr zu Jahr zu. Das ist die Realität. An diesem Faktum führt kein Weg vorbei, auch wenn Sie die Zahlen noch so oft drehen und wenden. Wir werden diesen erfolgreichen Weg, unsere bayerische Polizei zu stärken, weitergehen. Wir sind stolz auf unsere bayerische Polizei. Wir sind für deren engagierten Einsatz dankbar.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Moment, Herr Staatsminister. Die Frau Kollegin Schulze hat sich noch für eine Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Frau Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Man kann auf jeden Fall festhalten, dass es große Herausforderungen gibt. Es gibt eine Pensionswelle, und die Polizistinnen und Polizisten haben viele Überstunden. Dies bedeutet, dass wir mehr Polizistinnen und Polizisten brauchen. Bis diese ausgebildet sind – die Ausbildung dauert drei Jahre – müssen wir schauen, wie wir die bayerischen Polizistinnen und Polizisten von nicht ganz so dringenden Aufgaben entlasten können.

Jetzt komme ich zu meiner Frage. Als Sie über die Grenzpolizei gesprochen haben, haben Sie gemeint, dass diese am Anfang mit 500 Personen besetzt wird, die sich im Moment in der Fahndung befinden. Die weiteren 500 kommen dann später. Ich gehe davon aus, dass dies ab 2019 der Fall sein wird. Dann kommt nämlich die erste Welle an neu ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten. Ich hätte eine fachliche Frage an Sie als Innenminister: Finden Sie die Idee des jetzigen Ministerpräsidenten sinnvoll, eine neue Grenzschutzpolizeieinheit auszurufen, wenn diese mit denselben Leuten besetzt wird, die im Moment die Fahndung durchführen? Jetzt baut man eine komplett neue Einheit auf, die dann Grenzschutzpolizei oder Grenzpolizei genannt wird, um wahlkampfaktisch irgendetwas zu suggerieren. Finden Sie dieses Vorgehen aus innenpolitischer Sicht sinnvoll? Ist es nicht vielmehr auch Ihre Meinung, dass wir Polizeibeamtinnen und -beamte nicht wild von A nach B versetzen und nicht ständig an den Einheiten rumschrauben sollten, da wir die Beamten entlasten müssen? Mich würde Ihre innenpolitische Sichtweise sehr interessieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Ja, natürlich halte ich das für sinnvoll. Ich habe in der ersten Sitzung des neuen Kabinetts der Staatsregierung die entsprechenden Vorschläge unterbreitet. Das Kabinett hat sie einstimmig so beschlossen. Die CSU-Fraktion unterstützt sie, und sie sind sinnvoll.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Vor Söder seid ihr nicht auf die Idee gekommen!)

Der neue Ministerpräsident hat in der vergangenen Woche zum Beispiel eine solche Fahndungsdienststelle an der A 8 Richtung Salzburg besucht und sich von der Arbeit der Schleierfahnder überzeugt. Er hat ausdrücklich betont, dass die Schleierfahnder weiterhin ihre Arbeit machen. Das wird gleitend ineinander übergehen, wo Schleierfahndung, wo Grenzkontrollen stattfinden und dergleichen. Bekanntlich unterstützen wir im Moment die Bundespolizei mit einer Hundertschaft der Bereitschaftspolizei, weil die Bundespolizei immer noch zu wenige Leute hat, um die Grenzkontrollen durchzuführen.

Ich würde mir ausdrücklich wünschen – nachdem die Bundespolizei jetzt auch um mehrere Tausend zusätzliche Stellen aufgebaut wird –, dass die Bundespolizei selbst noch mehr Leute an die Grenze schicken kann.

Ich halte es für absolut richtig, dass der neue Bundesinnenminister die Frage noch einmal aufgeworfen hat, warum denn nur an der österreichischen Grenze kontrolliert wird. Aus meiner Sicht wäre es genauso notwendig, an der brandenburgisch-polnischen Grenze hin und wieder ebenfalls Grenzkontrollen durchzuführen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist höchste Zeit, dass man sich auf Bundesebene auch um dieses Thema kümmert.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, die Frau Kollegin Gottstein hat sich noch gemeldet.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Dann gebe ich das Wort an den Fraktionsvorsitzenden Aiwanger ab.

(Allgemeine Unruhe)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da sieht man, wie bei uns die Hierarchien funktionieren. – Nein, vielen Dank, Eva!

(Allgemeine Unruhe)

Ich habe vorhin nicht gesehen, dass sie gedrückt hatte. Herr Herrmann, wer ist denn auf diese grandiose Idee mit der Grenzpolizei gekommen? So lange Seehofer Ministerpräsident war, kam keiner auf die Idee. Sie kamen nicht drauf, man hat es auch nie von der Polizei gehört. Erst seit Söder der neue Mann ist, kommt man auf diese grandiose Idee und sagt, die wäre dringend nötig. Stellen wir uns doch einmal vor, diesen Wechsel zu Söder hätte es nicht gegeben. Hätten wir dann mit diesem großen Sicherheitsdefizit weiterleben müssen? Hätten wir diese große Gefahr, weiterhin keine Grenzpolizei zu haben, weiter aushalten müssen? Woher kam denn diese Idee?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Sie wissen, der neue Ministerpräsident hat bei unserer Klausurtagung in Kloster Banz diese Möglichkeit im Rahmen seines 10-Punkte-Konzeptes dargestellt. Er hat seine Überlegungen zuvor mit mir besprochen. Er hat die entsprechenden Fragen mit mir besprochen und mich auch gefragt, ob ich das für sinnvoll halte und auch, wie man das Ganze sinnvoll umsetzen könnte. Ich habe ihm das dann dargelegt. Auf dieser Grundlage hat er dann den Grundsatz verkündet. Inzwischen haben wir das Teilkonzept im Innenministerium erarbeitet. Ich kann nur sagen: Ich weiß in der Tat nicht, wie die Hierarchie bei Ihnen funktioniert, aber bei uns herrscht ein sehr kooperatives Miteinander.

(Lachen des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Es ist zulässig, neue Ideen zu formulieren und diese dann konstruktiv umzusetzen. Insgesamt geht es doch darum, die Sicherheit in unserem Land weiter zu stärken. Genau das werden wir tun, lieber Herr Kollege Aiwanger.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Nur noch eine Bemerkung, Frau Gottstein: Zwischenbemerkungen in Vertretung sind nach der Geschäftsordnung eigentlich nicht vorgesehen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich habe meine Meldung zurückgezogen!)

Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/21542 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN und Herr Abgeordneter Muthmann (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Jetzt kommen wir zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/21559. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordnete Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Bevor ich die gemeinsame Beratung der nächsten beiden Dringlichkeitsanträge aufrufe, gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Befristungsunwesen

für Lehrkräfte beenden – Kontinuität für Schülerinnen und Schüler sicherstellen!", Drucksache 17/21540, bekannt: Mit Ja haben 62 gestimmt, mit Nein haben 79 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)